

10. Oktober 2010: Auf nach Oldenburg!

Wir wollen es wagen. Die Netzwerke der Erwerbslosen rufen gemeinsam zur Demonstration am 10.10.2010 in Oldenburg auf: Nicht jammern sondern Krach schlagen, mit Töpfen und Kochlöffeln, Spaß und Selbstbewusstsein! Für wenigstens 80 Euro mehr „Hartz IV“ – für eine bessere und gesündere Ernährung. Wir, die Erwerbslosen-Netzwerke auf Bundesebene, haben uns zusammengerauft und Meinungsverschiedenheiten zurückgestellt. Wir wollen uns und andere in Bewegung bringen, eingreifen und Druck erzeugen, soziale Auseinandersetzungen anzetteln und befördern. Dieses gemeinsame Agieren hat für uns Vorrang und ist wirkungsvoller als das Ringen um die richtige Höhe der richtigen Forderungen.

Wir rufen alle Erwerbsloseninitiativen auf: Kommt nach Oldenburg! Mo-

bilisiert aktiv für die Demo. Lasst uns gemeinsam ein starkes Zeichen setzen. Nicht nur aus dem Norden – aus Hannover, Hamburg oder Bremen – auch beispielsweise aus dem Ruhrgebiet ist die Anreise noch zu schaffen.

Die Gewerkschaften vor Ort bitten wir, bei der Finanzierung zu helfen, dass für alle, die gerne hinwollen, die Fahrt bezahlbar wird.

Unbestritten: Unsere Demo in Oldenburg und die weiteren Sozialproteste im Herbst sind kein Selbstläufer und es ist nicht einfach, Erwerbslose und Geringverdiener zu mobilisieren. Es gibt also viel zu tun. Die Aussicht etwas verändern zu können, ist eine wichtige Bedingung, damit Menschen für ihre Interessen aufstehen und auf die Straße gehen. Bezogen auf die Dinge, die anstehen – Sparpaket, Neufestsetzung der Hartz-IV-Sätze, Überprüfung der

INHALT

- Aufruf zur Demo
- Aktionen vor Ort
- Erwerbsminderung und Hartz IV

Stoppt
HARTZ IV
Es kann
JEDEN treffen

Rente mit 67, Regulierung der wieder stark zunehmenden Leiharbeit – sehen wir durchaus Chancen, noch etwas bewirken zu können. Denn die schwarzgelbe Koalition ist angezählt. Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP stecken im Stimmungstief und auch die handelnden Personen bekommen miserable Umfragewerte. Zentrale Vorhaben der Koalition werden in der Bevölkerung als zutiefst ungerecht empfunden und abgelehnt. Selbst der Chef des CDU-Wirtschaftsrates, Kurt Lauk, spricht sich deshalb dafür aus, den Spitzensteuersatz um vier Prozent anzuheben. Als Signal für „soziale Ausgewogenheit“ – um wieder Akzeptanz für die Regierung zu schaffen. Dieses Beispiel zeigt: Die Regierungspläne müssen nicht Wirklichkeit werden. Veränderungen sind möglich – wenn sich der Unmut der Menschen in wirkungsmächtigen Protestaktionen zeigt. Dazu wollen wir beitragen und deshalb rufen wir zur Demonstration in Oldenburg auf.



EXTRA-
Ausgabe
Sozial-
Proteste

Was tun? Was tun! Aktionsideen

Demonstration am 10. Oktober 2010

Die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) organisiert die Demo vor Ort. Die Erwerbslosennetzwerke rufen gemeinsam zur Demo auf und mobilisieren überregional. Der 10. Okt. ist ein verkaufsoffener Sonntag in Oldenburg.

Infos und Materialien

Alles Wissenswerte zur Demo steht (demnächst) im Netz unter www.krachstatt-kohldampf.de. Es gibt ein vierseitiges Mobilisierungsflugblatt mit organisatorischen Hinweisen für Auswärtige zum Herunterladen. Der diesem A-Info beiliegende zweiseitige Aufruf ist als Kopiervorlage gedacht. Auf Anfrage schicken wir auch gerne eine Text-Datei zu, die abgeändert und um örtliche Angaben ergänzt werden kann.

Lokale Ansprechpartner

Gesucht werden noch Initiativen, die als örtliche Ansprechpartner und „Kümmerer“ zur Verfügung stehen: Die – ggf. in Absprache mit Nachbarorten – klären, wie mensch am besten nach Oldenburg kommt und bei denen Interessierte Auskunft zur Demo erhalten. Die Kontaktdaten dieser Inis sollen auf dem vierseitigen Mobilisierungsflugblatt und/oder im Internet veröffentlicht werden. Gewerkschaftlich orientierte Initiativen, die Ansprechpartner sein wollen, melden sich bei der KOS.

Meldung TeilnehmerInnen

Zur Vorbereitung und Durchführung der Demo müssen wir zumindest grob abschätzen können, wie viele TeilnehmerInnen wir zur Demo erwarten können. Bitte meldet uns bis Ende September mit wie vielen Leuten ihr voraussichtlich zur Demonstration kommt.

Veranstaltung am Vortag

Am Vortag, am Samstag, 9. Oktober 2010, findet eine Info- und Diskussionsveranstaltung zur Neufestsetzung der Hartz-IV-Regelleistungen statt. Sie beginnt um 15.00 Uhr mit einem Fachvortrag von Rudolf Martens vom PARI-TÄTISCHEN. Anschließend folgt eine Podiumsdiskussion mit Erwerbsloseninitiativen und Bundestagsabgeordneten. Für abends ist ein gemeinsam mit ver.di organisiertes Fest geplant.

Übernachten

Für Interessierte, die an der Veranstaltung und der Demo teilnehmen möchten, stehen ca. 150 Schlafplätze in einer Turnhalle zur Verfügung. Bitte meldet Euch bei Interesse an diesen Schlafplätzen frühzeitig, spätestens jedoch bis Ende September an: ALSO, T: 0441/16313 (AB), F: 0441/16394, E-mail: also@also-zentrum.de

Wir empfehlen, kollektive Anreisen (mit Bus oder Bahn-Gruppenticket) als eintägiges Event mit Hin- und Rückfahrt am Sonntag zu organisieren.

Dezentrale Aktionen Massenzeitung verteilen

Mit einer kostenlosen Zeitung wollen wir über Niedriglöhne und das Hartz-IV-Elend informieren, werben für Mindestlöhne und höhere Regelleistungen, dazu ermutigen, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen und im Herbst gemeinsam auf die Straße zu gehen. Bitte macht mit und verteilt die Zeitung vor Ämtern, Betrieben und in „Arme-Leute-Vierteln.“ Wenn dieses A-Info erscheint werden wir Bestellungen für rund 120.000 Exemplare haben. Die Auflage beträgt 200.000. Weitere Bestellungen sind also noch möglich und erbeten (bitte möglichst bis 18. August). Ein Ansichtsexemplar wird voraussichtlich am 13. August auf unserer Internetseite stehen. Die Zeitung wird ab dem 23. August ausgeliefert.

Letzte Hemden

Schwarz-gelb will unser letztes Hemd. Sie sollen es bekommen – aber mit gepfeffelter Botschaft! In öffentlichen Bemaal-Aktionen in Fußgängerzonen sollen Hemden und T-Shirts mit Sprüchen wie „Reiche besteuern“, „Kein Streichen im Sozialen“, „Gerecht geht ganz anders!“ usw. beschriftet werden.



Attac hat eine sehr hilfreiche „Gebrauchsanweisung“ zu dieser Aktionsform sowie eine Musterpressemittteilung bereit gestellt (abrufbar unter www.attac.de).

Gewerkschaftsgliederungen und Erwerbsloseninitiativen können uns ihre letzten Hemden bis zum 10. September schicken. Die gesammelten Hemden werden auf einer Wäscheleine vor dem Bundestag präsentiert, wenn dieser nach der Sommerpause den Haushalt berät. Damit sollen die unsozialen Auswirkungen des Sparpakets noch einmal mit einem starken Bild in die Medien getragen werden. Die Aktion „letzte Hemden“ wird von Campact, attac, ver.di, der AWO, dem Aktionsbündnis Sozialproteste und der KOS getragen.

Diskussionen zur Höhe von Hartz IV

Bis Ende des Jahres muss der Bundestag die Hartz-IV-Regelleistungen neu festsetzen. So hat es das Verfassungsgericht vorgegeben. Notwendig ist eine politische Debatte über die Höhe des Existenzminimum, das für Millionen buchstäblich existenzielle Bedeutung hat und darüber hinaus auch viele indirekte Auswirkungen hat. Eine Möglichkeit, um eine solche Debatte anzuzetteln, sind Podiumsdiskussionen mit den örtlichen Bundestagsabgeordneten, bei denen die Politiker zu Mindestanforderungen an höhere Leistungen Stellung nehmen sollen.

Eine mögliche Variante dabei ist, das Thema auf die Leistungen für Kinder zuzuspitzen. Zu diesem Aktionsvorschlag gibt es eine Handlungshilfe mit Vorschlägen für Mindestanforderungen unter www.erwerbslos.de

Mit Löffel und Kochtopf

Mit Kochtöpfen wollen wir am 10.10. in Oldenburg Krach schlagen – für wenigstens 80 Euro mehr Hartz IV

und Handlungsmöglichkeiten...



für eine bessere Ernährung. Wir halten diese Forderung und die Aktionsform auch für dezentrale Aktivitäten für gut geeignet. Die Aktionsform ist auffällig und schafft Aufmerksamkeit, transportiert unmittelbar das Thema „Hartz IV und Ernährung“ und wirkt auch bei einer kleineren Gruppe. „Krach schlagen“ ist auch gut vorstellbar als Flashmob-Aktion zu Auftritten von Politikern.

Online-Kampagnen

Kein Streichkurs im Sozialen

„Kein Streichkurs im Sozialen!“ ist eine von Campact gestartete Kampagne gegen das Sparpaket der Bundesregierung. Weit über 50.000 Menschen haben bereits den Appell an die Bundesregierung unterzeichnet. Darin heißt es: „Das von Ihnen vorgelegte Sparpaket belastet vor allem Erwerbslose und Familien. Ich lehne diese zutiefst unsoziale Politik ab und fordere Sie auf:

Verzichten Sie auf die angekündigten Kürzungen im Sozialressort! Beteiligen Sie stattdessen Spitzenverdiener/innen und Vermögende über einen höheren Spitzensteuersatz und eine Vermögenssteuer an der Sanierung des Bundeshaushalts.“ Bitte unterstützt die Kampagne mit eurer Online-Unterschrift und werbt für die Kampagne.

Im August soll der Appell umgestrickt werden: Dann kann man seine eigenen, örtlichen Bundestagsabgeordneten mit der Forderung „Reiche besteuern statt Armut verschärfen“ konfrontieren und auffordern, dazu Stellung zu beziehen.

Die Aktion „letzte Hemden“ (siehe oben) ist Teil der Kampagne. Mehr Infos unter: www.campact.de



STOPPAUSCHALE

Die Kopfpauschale – das ist unsoziale Politik gegen die Menschen. Egal ob als große oder kleine Pauschale oder aktuell in Form der geplanten Zusatzbeiträgen, die ins uferlose steigen sollen. Der DGB hat gegen die Pauschale und für ein solidarisches Gesundheitswesen das Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ ins Leben gerufen.

Informationen und Aktionsmöglichkeiten unter: www.stoppauschale.de



Gerecht geht anders

Der DGB und seine Mitgliedgewerkschaften haben verabredet, vom 24.10. bis 13.11.2010 Aktionswochen durchzuführen. Dabei sollen zentrale Vorhaben der Regierung kritisiert und für die gewerkschaftlichen Alternativen geworben werden. Neben dem „Sparpaket“ werden die Rente mit 67 und die Gesundheitspolitik (Kopfpauschale) ebenfalls Thema sein. Bei ver.di wird zudem das Thema „Kommunen in Not“ (kommunale Finanzmisere und kommunale Daseinsvorsorge) eine wichtige Rolle spielen, bei der IG Metall (Aktionszeitraum 1.-13. Nov.) auch die Themen Leiharbeit („Gleiches Geld für gleiche Arbeit“) sowie „Junge Menschen als Krisenverlierer“.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten soll in den Betrieben liegen: Diskussionen mit ArbeitskollegInnen, Flugblattverteilungen und Veranstaltungen, Betriebs- und Personalversammlungen bis hin zu öffentlichen Aktionen aus den Betrieben heraus. Hinzukommen sollen auch Kundgebungen und Demonstrationen – insbesondere zum Abschluss am 13. November.

Die Erwerbslosen-Netzwerke auf Bundesebene haben verabredet, die öffentlichen, gewerkschaftlichen Aktionen aktiv zu unterstützen und für sie zu werben.

Bitte informiert euch nach der Sommerpause bei euren örtlichen Gewerkschaften über den aktuellen Stand der Planungen und beteiligt euch nach Möglichkeit an den Aktivitäten. Im Netz: www.gerecht-geht-anders.de (ver.di-Seite)

Terminleiste: Sozialproteste im Herbst	
Woche ab 13. September	Präsentation der „letzten Hemden“ vor dem Bundestag
29. September	Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes (u.a. Demo in Brüssel) Dezentraler Banken-Aktionstag von attac
09. Oktober	Veranstaltung zu Regelleistungen in Oldenburg
10. Oktober	Erwerbslosen-Demonstration „Krach schlagen statt Kohldampf schieben“ in Oldenburg
24. Oktober bis 13. November	Gewerkschaftliche Aktionswochen
13. November	Regionale gewerkschaftliche Aktionen und Demonstrationen

Kürzungen bei Erwerbslosen in Euro und Prozent

	Verlust im Jahr (in Euro)	Einkommens-Verlust (in %)
Alleinstehende Wegfall Zuschlag (nach ALG-I-Bezug)	1.920	20
Alleinerziehende, 1 Kind Wegfall Elterngeld	3.600	25
Paar, 1 Kind Wegfall Zuschlag + Elterngeld	5.520	26

Krass: Ein Viertel weniger

Reiche verschonen und bei Geringverdienern und Erwerbslosen kürzen – das ist der Leitsatz der schwarz-gelben Haushaltskonsolidierung. Der Löwenanteil der geplanten Streichungen entfällt auf den Sozialetat. Gekürzt werden fast ausschließlich Leistungen, die bisher ein Leben von Hartz IV vermeiden helfen oder das Hartz-IV-Elend etwas erträglicher machen. Ohne den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld werden mehr Geringverdiener aufstockend Hartz IV beziehen müssen. Und die Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Bezieher sowie des Zuschlags beim Übergang vom Arbeitslosengeld zu Hartz IV führt dazu, dass alle ausnahmslos und vom ersten Tag an ausschließlich von den viel zu niedrigen Hartz-IV-Regelleistungen leben müssen. Armut wird gemacht. Wie dramatisch die Einbußen sind, zeigt sich, wenn die Kürzungen ins Verhältnis zum verfügbaren Einkommen gesetzt werden.

Ein Prozent der Haushalte, also die Superreichen in Deutschland, verfügen über ein Viertel des Gesamtvermögens. Im Sozialbereich sollen nächstes Jahr 4,3 Milliarden Euro gekürzt werden. Dieser Betrag käme auch zusammen, wenn die Allerreichsten nur 0,3 Prozent ihres Besitzes über höhere Steuern abgeben müssten.

Hartz IV und Erwerbsminderungsrente

Die schwarz-gelbe Regierung will die Rentenbeiträge für Hartz-IV-Bezie-

her abschaffen. Zurzeit werden 40 Euro monatlich bzw. 480 Euro im Jahr für einen Hartz-IV-Bezieher in die Rentenkasse eingezahlt. Daraus resultiert ein Rentenanspruch von monatlich 2,09 Euro pro Jahr im Hartz-IV-Bezug – also nahezu Nichts. Für die Frage zukünftiger Altersarmut ist die Streichung somit nahezu belanglos, weil schon die derzeitige Regelung keinen Beitrag zur Alterssicherung leistet. Unmittelbare Auswirkungen hat die Abschaffung der Rentenbeiträge für die Rentenkasse, der Einnahmen von 1,8 Milliarden Euro jährlich verloren gehen. Dadurch kann der Beitragssatz zur Rente 2014 nicht wie geplant leicht abgesenkt werden sondern bleibt bei 19,9 Prozent. Es handelt sich somit auch um eine Kostenverschiebung zugunsten des Bundeshaushaltes und zu Lasten der Beitragszahler.

Aus sozialpolitischer Sicht und für die betroffenen Hartz-IV-Bezieher relevant sind die Folgen der Streichung für den Versicherungsschutz bei Erwerbsminderung: Damit eine Erwerbsminderungsrente bezogen werden kann, muss man mindestens drei Jahre mit Pflichtbeiträgen vorweisen können und zwar im Zeitraum von fünf Jahren vor

Eintritt Erwerbsminderung. Mit den derzeit noch eingezahlten Rentenbeiträgen für Hartz-IV-Bezieher können zuvor bestehende Lücken im Versicherungsverlauf geschlossen und eine Anwartschaft auf eine Erwerbsminderungsrente (mit) aufgebaut werden. Diesen Zugang zu einer Erwerbsminderungsrente will die Regierung versperren. Betroffenen Arbeitnehmern bleibt dann nur die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, also Fürsorgeabhängigkeit und faktische Altersarmut – eine drastische Verschlechterung.

Allerdings werden durch die geplante Streichung der Rentenbeiträge bereits zuvor erworbene Anwartschaften auf eine Erwerbsminderungsrente nicht zerstört. Dies war in Presseberichten teils falsch dargestellt worden. Denn Zeiten im Hartz-IV-Bezug sollen künftig als rentenrechtliche Anrechnungszeiten gewertet werden. Dies hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage der Grünen zugesagt (BT-Drs. 17/2392). Und Anrechnungszeiten verlängern den Fünf-Jahres-Zeitraum, in dem die erforderliche Pflichtbeitragszeit von drei Jahren liegen muss (siehe § 43 Abs. 4 Nr. 1 SGB VI). Mit anderen Worten: Es wird sichergestellt, dass geleistete Pflichtbeiträge auch dann für die Anwartschaft zählen, wenn sie länger als fünf Jahre zurück liegen.



IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Horst Schmitthener (Förderverein gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit, Märkisches Ufer 28, 10179 Berlin)

Text und Redaktion: Martin Künkler
Foto: Werner Bachmeier

Entwurf, Gestaltung, Satz, Druck + Verarbeitung:
druck-kooperative lage (Print und Medien-Service)